

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 68 (1981)
Heft: 17: Leitideen der Primarschule

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Unterricht und Forschung an der Spitze der öffentlichen Ausgaben

In den letzten Jahren wurde in der Öffentlichkeit vor allem über den defizitären Bundeshaushalt diskutiert, und dabei standen unter anderem die Aufgabenbereiche der sozialen Wohlfahrt und der Landesverteidigung im Vordergrund, welche abwechselungsweise den ersten Platz belegten. Bezieht man jedoch alle drei staatlichen Ebenen in die Betrachtung ein, ergibt sich ein anderes Bild. So entfiel im Jahr 1979 gemäss soeben publizierten Zahlen von den 44 770 Mio. Fr. Gesamtausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden fast ein Fünftel (19,5 Prozent) auf den Bereich Unterricht und Forschung, eine traditionelle Hauptaufgabe der unteren staatlichen Ebenen. An zweiter Stelle folgt die soziale Wohlfahrt mit einem Anteil von 13,9 Prozent, auf den weiteren Plätzen Verkehr und Energie (12,3 Prozent), Gesundheitswesen (10,8 Prozent) und im fünften Rang mit 8,3 Prozent die Landesverteidigung (1960: 15,5 Prozent).

CH: 23 Millionen für Institut für Berufspädagogik

Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, für einen Neubau des Schweizerischen Instituts für Berufspädagogik (SIBP) in Zollikofen einen Objektkredit von rund 23 Millionen Franken zu bewilligen. Das SIBP wurde 1972 gegründet. Es ist mit der Aus- und Fortbildung der haupt- und nebenamtlichen Lehrer an Berufsschulen beauftragt. Im weiteren soll es eine schweizerische Dokumentationsstelle für den beruflichen Unterricht schaffen, Lehrmittel und Unterrichtshilfen begutachten und sich mit Forschungsaufgaben auf dem Gebiet des beruflichen Unterrichts befassen.

ZH: Behördeninitiative für den Spätsommer-Schulbeginn

Die Schulpflege Stallikon, deren Präsident, Dr. Mario Vassalli, auch die Vereinigung der zürcherischen Schulpräsidenten leitet, hat einstimmig die Einreichung einer Behördeninitiative zugunsten einer Verlegung des Schuljahresbeginns im Kanton Zürich vom Frühjahr auf den Spätsommer beschlossen. Nachdem der Kantonsrat auf die Vorlage des Regierungsrates mit nur drei Stimmen Unterschied nicht eingetreten ist, soll damit in erster Linie doch noch ein Volksentscheid ermöglicht werden. Vassalli ver-

weist darauf, dass die grosse Mehrheit der zürcherischen Schulpräsidenten der Umstellung zugestimmt hat und dass auch die Gemeinden und die Bezirksschulpflegen sich mehrheitlich damit einverstanden erklärten. Das Zürchervolk habe sich oft solidarisch mit den übrigen Ständen der Eidgenossenschaft gezeigt, so dass das Resultat des Urnengangs durchaus offen sei.

Die Initiative hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs und ist inhaltlich mit der Vorlage der Regierung identisch. Gemäss dem Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes muss der Kantonsrat nach der formellen Prüfung durch das Ratsbüro an einer der drei nächsten Sitzungen über die vorläufige Unterstützung der inzwischen bereits eingereichten Initiative entscheiden. Sind mindestens 60 der 180 Ratsmitglieder damit einverstanden, kann das Begehren entweder an den Regierungsrat oder an die vorbereitende Kommission überwiesen werden. Angesichts des Bekanntheitsgrades der Materie würde Kantonsratspräsident Erich Rufenacht in diesem Falle am ehesten eine sofortige materielle Behandlung für sinnvoll halten. Die Volksabstimmung kommt zustande, wenn definitiv ebenfalls mindestens 60 Kantonsräte die Initiative unterstützen – eine Zahl, die erreichbar scheint, da schon der Vorlage des Regierungsrates 65 Parlamentarier zugestimmt haben und einige Kantonsräte Anfang August noch in den Ferien weilten.

ZH: Jugendkommission für den Kanton Zürich

Der Zürcher Regierungsrat hat aufgrund einer im Februar eingereichten Motion des Kantonsrates eine 16köpfige Kommission eingesetzt, die im Dezember 1982 einen Bericht über die Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Jugendpolitik sowie über die gesellschaftlichen Ursachen der gegenwärtigen Beunruhigungen abliefern soll.

BE: Bern verzichtet auf Abstimmung

Der Regierungsrat des Kantons Bern wird vorläufig auf eine Volksabstimmung über die Einführung des Spätsommerschulbeginns verzichten. Wie der Regierungsrat in Bern mitteilte, kam er zu diesem Ergebnis, nachdem die kantonale Erziehungsdirektion einen Bericht über die Lage bei der Schulkoordination erstattet hatte.

Die Neubeurteilung der Situation war nach dem negativen Entscheid des Zürcher Kantonsrates zur dortigen Schulbeginn-Vorlage notwendig geworden. Die Bemühungen um einen einheitlichen Schuljahresbeginn in der Schweiz sind damit nahezu gescheitert.

AG: Ausbildung von Medizinstudenten im Aargau

Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat eine Vereinbarung über die Beteiligung des Aargaus an der Ausbildung von Studenten der Medizin mit den Hochschulkantonen Basel-Stadt, Bern und Zürich genehmigt. Der bilaterale Vereinbarungsentwurf wird den Kantonsregierungen der drei Hochschulkantone zur Stellungnahme und Genehmigung unterbreitet.

Im Dezember 1978 haben die aargauischen Stimmberechtigten mit 65 000 Ja zu 37 000 Nein dem Gesetz über die Beteiligung des Kantons Aargau an der Ausbildung von Studenten der Medizin zugestimmt. Darin wird unter anderem festgehalten, dass der Kanton für diese Ausbildung seine Spitäler zur Verfügung stellt und auch regionale Spitäler solche Aufgaben übernehmen können, wenn deren Trägerschaft dem zustimmt. Die damit verbundenen Mehrkosten werden vom Kanton getragen.

Nicht nur die beiden Kantonsspitäler Aarau und Baden, sondern auch Bezirks-, Regional- und Kreis-spitäler, die Klinik Barmelweid, die Psychiatrische Klinik Königsfelden sowie die Rheuma-/Solbadklinien von Schinznach und Rheinfelden werden sich an der Ausbildung der Medizinstudenten beteiligen. Die Leistungen des Kantons Aargau gelten als Beitrag an das schweizerische Hochschulwesen.

Kennen Sie die Schriftenreihe der «schweizer schule» ?

- Heft 1: *Analyse und Beurteilung von Unterricht* (Vergriffen)
 Heft 2: *Musikerziehung in der Schule*
 Heft 3: *Das darstellende Spiel in der Schule*
 Heft 4: *Formen der Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern*
 Heft 5: *Der Weihnachts- und Osterfestkreis in der Schule*

Die 40–60 Seiten umfassenden Broschüren sind ganz auf die Praxis bezogen. Preis Fr. 5.–.
 Bestellungen sind zu richten an:

Verlag Kalt-Zehnder, Grienbachstrasse 11, 6301 Zug, Telefon 042 - 31 66 66

Aus den Kantonen

EDK-Ost: Verlegung des Schuljahresbeginns

Die Regionalkonferenz Ostschweiz und des Fürstentums Liechtenstein der Erziehungsdirektoren (EDK-Ost) hat in Appenzell eine Arbeitstagung durchgeführt und dabei neben dem Voranschlag 1982 zahlreiche Koordinationsgeschäfte behandelt, Zwischenberichte von Fachkommissionen entgegengenommen und die Durchführung gemeinsamer Aufgaben beschlossen.

Unter dem Vorsitz des sanktgallischen Erziehungschefs, Regierungsrat Ernst Rüesch, befasste sich die Konferenz mit der in den Kantonen Zürich und Bern angestrebten Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer, mit der methodisch-didaktischen Ausbildung der Lehrer an Handarbeits-, Hauswirtschafts- und Kindergärtnerinnenseminaren sowie mit Fragen der Vorverlegung des Französischunterrichtes auf die Primar-Mittelstufe. Sofern im Kanton Zürich die Vorlage zur Verlegung des Schuljahresbeginns durch den Stimmbürger